

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbelegblätter kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegblätter werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Haasemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Stüllich in Bochum, Hohenhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 28 u. 89. Telegr.-Adr.: A. B. V. Bochum.

Die wahren Ursachen!

Unsere rheinisch-westfälischen Bezirkskonferenzen am 29. April haben einen bemerkenswerten Verlauf genommen, der es rechtfertigt, daß wir den Hauptinhalt der Besprechungen an dieser Stelle wiedergeben. Die Gewerkschaftsleitungen sind erjucht worden, den Mitgliedern Aufklärung über die gegenwärtige Situation zu geben, damit keine falschen Schlüsse aus notwendigen Maßnahmen gezogen würden. Diese Aufklärung ist eichlos den Vertrauensleuten der organisierten Bergarbeiter gegeben worden, sie hat sicherlich manche Mißverständnisse beseitigt. Aber unsere Kameraden, die es auf sich genommen haben, die Rechte der Belegschaften in sachlicher Weise wahrzunehmen, verlangten von ihren Vertretern, daß sie entschiedene Front machen gegen eine ungebührliche Behandlung der Arbeiter und der Öffentlichkeit, die von gewerkschaftsfeindlichen Propagandisten über die Ursachen der Unzufriedenheit innerhalb der Bergarbeiterchaft irreführend werden soll, deutlich genug zu sagen, warum und wodurch die Arbeiterchaft beunruhigt wird. In diesem Verlangen sind unsere Kameraden berechtigt. Wir erfüllen es nach Möglichkeit.

Am Sonntag, den 29. April, versammelten sich die Vertretungen unserer Ortsverwaltungen sowie die dem Verbands angehörenden Elemente der Arbeiterausschüsse in Dortmund für die Reviere Dortmund, Sörde, Hamm und Lünen, in Bochum für die Reviere Bochum, Linden-Hattingen-Witten, Langendreer und Castrof, in Wanne für die Reviere Wanne, Gelsenkirchen, Heddlingenhausen und Gladbeck, in Mülheim für die Reviere Mülheim, Essen, Oberhausen, Duisburg und Mörns-Rees. Zusammen nahmen 334 Vertrauensleute und Ausschussmitglieder an den Konferenzen teil. Viele davon waren bereits aktive Kriegsteilnehmer, lernten die Schrecken der Schlacht und die Verwüstungen großer Landesteile aus eigener Anschauung kennen. Viele sind alterprobte Kämpfer in den Verbänden, haben schon die größten Streikbewegungen im Bergbau (1889, 1905, 1912) mitgemacht, sind daher wohl berufen, über die Stimmung in den Belegschaften ein sachverständiges Urteil abzugeben.

Was ergab sich aus der mehrstündigen, manchmal bewegten Diskussion über die von Vorstandsvertretern gehaltenen Reden? Wir heben in erster Linie folgendes hervor:

Alle Kameraden, die zu dieser Sache sprachen, protestierten mit Entschiedenheit (mandatmal mit starker Leidenschaft) gegen die in diversen kapitalistischen Zeitungen vertretene Auffassung, die Bewegung der Bergarbeiter entspringe parteipolitischen Motiven!!! Noch bei keinen der verflochtenen teilsweisen Arbeitsstellenstellungen hätten irgendwelche parteipolitische Forderungen eine Rolle gespielt!!! In zahlreichen Belegschaftsversammlungen sei ausdrücklich der Wille der Bergleute, unsere Kameraden im Waffenrock nicht im Stich zu lassen, für ihre Verteidigungsmittel zu sorgen, ausgesprochen und mit einmütiger Beifall aufgenommen worden. Darum empfanden es die Bergarbeiter als eine schwere Verleumdung, daß den Arbeitern, wenn auch nur indirekt, der schwere Vorwurf des Landesverrats gemacht würde. Das sei in letzter Zeit auf verschiedenen Beiden von Beamten geschehen.

Der Aufruf des Herrn Generalsekretärs Groener sei, wenn er sich auch direkt gegen die Elemente richte, die aus parteipolitischen Gründen zu Arbeitsstellenstellungen aufforderten, doch ganz verfehlt gewesen, denn die meisten Arbeiter machten keine formellen Unterscheidungen, sondern empfanden die Drohung mit dem Strafgesetzbuch gegen die Lohnarbeiterschaft als Ganzes gerichtet. Ueberdies nutzten diverse Bechenbeamte den Groener'schen Aufruf so aus, daß sie Lohnfordernde Arbeiter beschimpften und reizten. Augenwinkeln sei Herr Groener über die wahren Ursachen der Arbeiterbewegung von Interessenten einseitig unterrichtet worden; anders hätte er seine scharfen Worte vornehmlich gegen die Kreise gerichtet, die durch ihr Verhalten die Arbeiter zur Erbitterung und schließlich zur Verzweiflung trieben. Das seien die Kreise, welche den Arbeitern den auskömmlichen Lohn verweigerten, wie vor dem Kriege auch jetzt noch von der Anerkennung der Arbeitergewerkschaften nichts wissen wollten, die sich schwer äulärenden Arbeiter noch mißachtend behandelten, die gewählten Lohnverhandlungen nicht hielten, durch „vertrauliche“ Sperren und sonstige Verabredungen das Mißbehagen für die Arbeiter unwirksam zu machen trachteten. Das erzeuge die unersägbare Erbitterung in der Arbeiterchaft und entzünde sie schließlich zu Explosionen.

Dazu komme das häufige Nichterhalten der gegebenen Besprechungen hinsichtlich der Ernährung! Ueber die Nahrungsversorgung sprachen sich die Arbeiterdelegierten in der Hauptsache dahin aus, daß man sich wohl oder übel mit der Knappheit der Nahrungsmittel abfinden müsse. Es sei ein schwerer Fehler der Regierung gewesen, nicht rechtzeitig die Beschlagnahme und die Verteilung der Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen durchgesetzt zu haben. Dadurch sei eine großartige Hamstererei der geldreichen Schichten, eine wahnsinnige Preistreiberei und schändliche Wuchererei ermöglicht worden. Das wochenlange gänzliche Ausbleiben der versprochenen Kartoffeln, das Fehlen der gleichfalls versprochenen Erbsenmittel habe es den hart getroffenen Belegschaften schließlich unmöglich gemacht, die notwendige Arbeit zu leisten. In keinem Falle habe man „Streiken“ wollen, sondern alle Kameraden wollten arbeiten, konnten es aber nicht, weil die versprochenen Nahrungsmittel nicht geliefert wurden. Wenn das geschah oder glaubwürdig gesichert war, ging die Arbeit weiter. Aber wieder stellte sich nur zu häufig heraus, daß die Behörden bloße Werpredungen machten. Dann wurden die Vertreter der Organisationen, welche zur Wiederansatz geraten hatten, von den Belegschaften sogar verächtlich, sich „kaufen“ lassen zu haben. Das taten hauptsächlich unorganisierte und wirtschaftsfeindliche Geister. Nach solchen Erfahrungen verfahren die organisierten Belegschaftsvertreter doch schließlich die

Luft, die Brügelungen für die Verschleungen und Unterlassungen der Unternehmer und Behörden zu bilden. Indessen sei man noch bereit, an den Lebensmittelkommissionen mitzuarbeiten, damit die Sache nicht noch schlimmer würde.

Viele unserer Kameraden stammen aus landwirtschaftlichen Bezirken, namentlich des Ostens. Sehr bitter klagten landwirtschaftsständige Belegschaftsdelegierten, daß „von oben her“ die Landwirte sehr viel Berücksichtigung und Vorrechte erhielten, nicht energisch genug gegen die Nahrungsmittelverweigerer vorgegangen sei, während man dem Industriearbeiter oft mit Arbeitszwang drohe. Die Landwirte bekämen außerordentlich erhöhte Preise für ihre Produkte, „schwammen in Geld“ und forderten immer höhere Preise. Die gesellschaftlichen Höchstpreise seien tatsächlich Mindestpreise. Fordere aber der Bergmann einen auskömmlichen Mindestlohn, dann heiße es, der sei „unmöglich“. Viele Kameraden wüßten aus eigener Anschauung durch Besuche in der Heimat und familiäre Mitteilungen, daß in den großen Randbezirken die Ernährung noch immer recht reichlich sei: „Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat im großen und ganzen noch nichts vom Nahrungsmangel gespürt.“ Massenhaft seien und würden noch Kartoffeln, Getreide und Hülsenfrüchte zur Viehfütterung verbraucht. Die Industriearbeiter aber seien auf geringere Proportionen gesetzt worden; sie fühlten tief-schmerzhaft die großen Entbehrungen ihrer Frauen und Kinder und wüßten obendrein erleben, daß man sie „Landesverräter“ heiße, wenn sie aus Nahrungsmangel nicht die fröhlichere Arbeitsleistung bringen könnten. Das wirke außerordentlich demütigend, zumal wenn die schlechtversorgten Arbeiterfamilien sähen, wie wohlgenährt vielfach gerade die Leute ausäßen, die von den Arbeitern noch größere Entbehrungen forderten und gegen Lohn erhöhungen auftraten. Bei der Verteilung von Nahrungsmitteln auf den Beiden ginge es stellenweise auch so ungerecht zu, daß gewisse Beamte die Waren händweise erhielten, während sie den Arbeitern nur gram-mweise zugemessen würden.

Ueber die Entlohnung wurde gesagt, wohl heiße es, der Durchschnittslohn der Sauer und Lehrhauer im Ruhrgebiet habe Ende 1916 bereits 8,88 Mk. betragen und „steige weiter“. Aber noch jetzt, im April 1917, gäbe es massenhaft Kameradschaften, die kaum 8 Mark im Gebinde erhielten! (Es wurden zahlreiche Lohnbücher vorgelesen, in denen für den Monat März für Sauer und Lehrhauer weit unter 8 Mark verzeichnet waren.) Beistimmte man sich, dann heiße es: „Schlagt nur tüchtig drauf, dann verdient ihr mehr“, oder: „Verfährt mehr Ueberforschigen, dann habt ihr mehr Lohn.“ Das müsse als Lohn aufgefaßt werden angesichts der mangelhaften Körperernährung. Die Arbeiter würden vielfach noch immer als „dumme Jungen“ behandelt, die keine Ahnung von der Betriebswirtschaft und den hohen Werksüberschüssen hätten. Die Arbeitervertreter würden oft mit rechtslegenden, wenn nicht gar beleidigenden, höhrenden Redensarten abgepeitelt. Zahllose Verdienste der unter- und oberirdischen Schichtlöhner seien so skandalös niedrig, daß diese Leute nicht einmal die knappen Rationen kaufen könnten, was übrigens auch auf sehr viele Sauer zutrafte. Selbst schriftlich abgegebene Lohnzusagen würden in vielen Fällen nicht gehalten, die Entscheidungen der Hilfsdienstauschüsse würden zusehendermaßen zwar formell anerkannt, aber tatsächlich mißachtet, indem eine bessere Bedingergestaltung unterbleibe, so daß der zugesagte Lohn von 10,50 Mk. pro Schicht von sehr vielen Belegschaftsmitgliedern nicht erreicht werden könne. Beschweren man sich, oder ginge der Arbeiterauschuss vor, dann höre man leere Redensarten, versteckte Drohungen mit dem Strafgesetzbuch und beleidigende Worte. Deshalb habe sich in den betreffenden Belegschaften die Ansicht verbreitet, den Bechenverwaltungen sei vielleicht eine Arbeitsstellenstellung nicht unlieb, da sie annähernd mit militärischen Zwangsmitteln besser herrschen zu können! (Es wurden Neußerungen von Bechenvertretern mitgeteilt, die allerdings den Schluss nahelegten, die betreffenden sähen in einer Arbeitsstellenstellung gar keine Gefahr für den Werksprofit. Die betreffenden Neußerungen sind bereits dem Kriegsanstalt mitgeteilt worden.) Die Meinung, die Bergarbeiter mit drakonischen Maßregeln zur Arbeit zwingen zu können, würde sich schon nach einer kurzen Probezeit als durchaus falsch herausstellen. Die Arbeiter seien ja bereit, ihre Arbeitspflicht nach vollen Kräften zu tun, keine Belegschaft denke auch nur im geringsten daran, unsere Landesverteidigung nicht zu unterstützen! Die Arbeiter verlangten nur, nach bester Möglichkeit Nahrungsmittel zu erhalten, sie seien der festen Ueberzeugung, daß nach scharfem Zusammenfassen in den landwirtschaftlichen Bezirken die Ernährungsmöglichkeit der Industriearbeiter bis zur nächsten Ernte gesichert sei; und sie verlangten einen Lohn, der allen Kameraden den Einkauf der rationierten wie der freigelegten Nahrungsmittel und der Beschaffung der nötigen, ebenfalls ungeheuer verteuerten Kleidung, Schuzeugaue, Waschmittel usw. gestatte. Und sie forderten, als Menschen behandelt zu werden, die am schwersten arbeiten und am meisten entbehren müssen, nicht als gefühllose Arbeitsmaschinen, die man gebrauche und verbrauche! Wer diese gerechten Forderungen mißachte und bekämpfe, der handle als ein Landesverräter!

So haben wir die markanten Erklärungen der Bergmännlichen Arbeiterdelegierten, die tagtäglich ihre schwere Arbeit in gefährlichen Betrieben verfahren, registriert, damit man sich und Ausland erkenne, daß den deutschen Bergleuten nichts ferner liegt, als in dieser entscheidungsschweren Zeit den gewaltigen Verteidigungskampf ihres Vaterlandes zu durchkreuzen. Zu der Dortmunder Konferenz

ist aus der Delegiertenchaft heraus eine besondere Resolution gestellt und ausgehoben worden, die sich speziell gegen die wilden Streiks wendet und die Dortmunder sind gewiß nicht als Reistreteur bekannt. Was am 29. April in den großen Konferenzen der rheinisch-westfälischen Verbandsdelegierten zum Ausdruck kam, genau so fühlen und denken auch unsere Kameraden in allen anderen Verbandsbezirken! Wer die Arbeiter so genau kennt wie wir, der weiß, daß er Erbitterung erzeugt, wenn er unsere schwer arbeitenden, mit ihren Familien hart entbehrten Kameraden beschuldigt, Landesverräterische Bestrebungen zu verfolgen! Wer diese Anschuldigung gar verbreitet oder hinterlistig einflüstert, um damit die sozialwirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Reformforderungen der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands zu bekämpfen, der handelt äußerst frivol gegen die Allgemeinheit!

Die Bezirkskonferenzen haben einstimmig die von der Verbandsleitung vorgeschlagene Resolution (S. Nr. 18 d. B.-Z.) angenommen, damit auch ausgesprochen, daß sie die Tätigkeit der Gewerkschaftsvertretungen für die Wahrung der Arbeiterinteressen anerkennen. In der Mülheimer Konferenz stimmten drei Kameraden nur gegen den Teil der Resolution, der anspricht, daß die obersten Zivil- und Militärbehörden „ihnen den „ernsten Willen“ zum energischen Durchgreifen in der Ernährungsfrage „zeigen“. Dieses Moment ist auch charakteristisch für das Mißtrauen, welches die verfehlten behördlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksernährung in der Arbeiterchaft einwurzelte lieh. Es liegt an den behördlichen Vertretern, daß sie dies Mißtrauen durch gute Taten ganz beseitigen.

Die Stellungnahme der Verbandsresolution gegen das Sineintragen „irgendwelcher parteipolitischer Bestrebungen und Differenzen in unsere Organisation“ fand die einstimmige Billigung aller Konferenzdelegierten! Daran wird überall und unter allen Umständen festgehalten. Das liegt gegenwärtig und zukünftig durchaus im Interesse der gewerkschaftlichen Bergarbeiterbewegung.

Unsere Konferenzen haben ein erfreuliches Bild von der Einmütigkeit und Geslossenheit innerhalb der Verbandsreihen ergeben. Nach bald drei Jahren Krieg steht der „alte Verband“ innerlich gefestigt da. Er breitet sich aus, das beste Zeugnis für das Vertrauen, welches der Bergarbeiterverband sich in den Kameradenkreisen erworben hat.

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

Die Frauen- und Kinderarbeit hat infolge des Krieges leider auch im Bergbau ganz außerordentlich zugenommen, das ergibt sich aus der amtlichen Lohnstatistik, die jetzt bis zum 4. Vierteljahr 1916 vorliegt und worin neben der Gesamtzahl der Belegschaft der prozentuale Anteil der einzelnen Arbeiterkategorien angegeben wird. Wenn wir die angegebenen Prozentzahlen in absolute Zahlen umrechnen, ergibt sich folgendes Bild:

Arbeiterinnen.	2. 4.			
	1. Viertel 1914	2. Viertel 1915	3. Viertel 1916	4. Viertel 1916
Ruhrgebiet	—	—	7 080	12 320
Ober-schlesien	5 755	7 574	12 512	12 060
Nieder-schlesien	349	411	1 250	1 397
Saargebiet	—	—	—	362
Wäckerer Revier	—	—	—	71
Niederrh. Steinkohlenbergbau	—	—	220	294
Saale Braun-schleibenbergbau	596	1 267	4 226	4 721
Leinzh. Braun-schleibenbergbau	—	52	220	869
Saale Salzbergbau	12	36	57	152
Glauchfelder Salzbergbau	1	45	394	398
Mansfelder Erzbergbau	—	112	2 094	2 517
Oberharzer Erzbergbau	7	217	456	531
Siegener Erzbergbau	250	268	464	513
Rassau-Wehlarer Erzbergbau	25	40	74	62
Niederrh. Erzbergbau	121	138	253	289
Leinzh. Erzbergbau	65	63	74	87
Zusammen	7 205	10 223	31 010	37 563

Jugendliche Arbeiter.	2. 4.			
	1. Viertel 1914	2. Viertel 1915	3. Viertel 1916	4. Viertel 1916
Ruhrgebiet	15 397	19 057	22 745	22 537
Ober-schlesien	7 206	9 257	8 556	8 816
Nieder-schlesien	693	1 256	1 412	1 391
Saargebiet	1 932	2 173	2 290	3 261
Wäckerer Revier	530	556	859	803
Niederrh. Steinkohlenbergbau	580	607	995	967
Saale Braun-schleibenbergbau	1 065	1 553	1 827	1 646
Leinzh. Braun-schleibenbergbau	640	780	861	770
Saale Salzbergbau	155	236	375	351
Glauchfelder Salzbergbau	171	173	261	289
Mansfelder Erzbergbau	759	928	972	815
Oberharzer Erzbergbau	290	237	242	183
Siegener Erzbergbau	945	1 012	1 129	910
Rassau-Wehlarer Erzbergbau	273	438	579	560
Niederrh. Erzbergbau	287	285	321	294
Leinzh. Erzbergbau	77	93	106	102
Zusammen	31 200	39 654	44 624	43 095

Im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft gestaltete sich der absolute und prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter im preussischen Bergbau wie folgt:

Gesamtbelegschaft	Von der Gesamtbelegschaft waren			
	absolut	in Proz.	jugendliche Arbeiter	absolut
2. Vierteljahr 1914:	767 177	7 205	0,94	31 200
2. „ 1915:	532 897	10 223	1,92	39 654
2. „ 1916:	567 794	31 010	5,46	44 624
4. „ 1916:	577 882	37 563	6,51	43 095

werden, daß anfänglich des Infrazitrens der Steuer nur die Netto- steuerbeträge aufgeschlagen werden, und zwar auch beim Kleinhandel, damit diese den Verbrauch an und für sich so schwer belastende Steuer nicht zur Erzielung von Heberwägungsvorteilen benutzt wird.

In der Saar dürften binnen kurzen die selben Preisserhöhungen wie in Rheinland-Westfalen in Kraft treten; in Obereschleien findet die Erhebung der Kohlenkonventionen Mitte Mai statt, und auch diese dürfte Preisserhöhungen im ungefähren Ausmaß der Rheinland-Westfalen beschlossenen vornehmen. Die gleichfalls geplanten Preis- erhöhungen für Braunkohlenbrieflets werden nicht vor dem 1. Juli in Kraft treten.

Dividende an Ausländer.

Die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch in Rothhausen hat 1916 einen Betriebsergebnis von 3,95 (im Vorjahr 3,40) Millionen Mark erzielt. Nach Abzug der Grund- und Gebäudeverschärfungen, Hypo- theken und Darlehenszinsen, Ausschüttung auf Wertpapiere und Ab- schreibungen im Gesamtbetrag von 1 855 266 Mk. (i. V. 1 733 703 Mk.) bleibt ein Reingewinn von 2,09 (i. V. 1,76) Mill. Mk. Davon erhalten als Gewinnanteile Direktion und Beamte 54 580 (i. V. 41 601) Mk. der Aufsichtsrat 72 000 Mk. (wie im Vorjahr), die Aktionäre 16 Pro- zent Dividende gegen 18 1/2 Prozent im Vorjahr, auf neue Rechnung werden vorggetragen 48 293 gegen 35 527 Mk. im Vorjahr.

Den Aufsichtsrat bilden nach dem Jahrbuch für den Oberberg- amtsbezirk Dortmund: Jos. Berger, Senator zu Genappe, Vorj.; Ed. Wiener, Bankier in Brüssel, stellvert. Vorj.; Konjul Emile Stillinghambert, Brüssel; G. Vahen in Le Transloy; Albert de Baug zu Yzier; Comte Alb. du Châtel in Brüssel; Baron A. de Pitteurs-Siegarts, Senator in Sabayla-Neube; Ant. Vandenborgh, Senator in Grandalle; Dr. Th. Gilbert; Technischer Beirat Konjul a. D. H. Lüthgen, Essen.

Trotz der sehr guten Gewinnergebnisse auch während der Kriegs- zeit heißt es nach der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“ vom 1. Mai 1917 im Geschäftsbericht:

„Die am 1. Januar 1917 vorgenommene Erhöhung der Richt- preise für Kohlen um 2 Mk. und für Koks um 3 Mk. pro Tonne bietet keinen genügenden Ausgleich für die im höheren Maße geliegten Selbstkosten.“

Und weiter:

„Da ein großer Teil der Aktien sich von altersher in besitzlichem Besitz befindet, so ist, wie wir schon im Bericht über das Geschäftsjahr 1914 erwähnt, Herr Kommerzienrat Kiegler in Düsseldorf von der Staatsregierung zur Aufsicht über den Geschäftsbetrieb bestellt worden. Auch in dem vorliegenden Geschäftsjahre war es durch das Entgegenkommen der Agl. Staatsregierung und des Herrn Kommer- zienrats Kiegler möglich, nach wie vor mit dem Aufsichtsrat in Fühlung zu bleiben. Bisher sind in keiner Weise irgendwelche Maßnahmen getroffen worden, welche das Unternehmen hätten schädigen können; es ist vielmehr alles geschehen, um den Fortgang eines ge- ordneten Betriebes sicher zu stellen. Nachdem durch Erlass des Mi- nisters für Handel und Gewerbe vom 21. Februar die Zahlung der Dividende an die in Belgien ansässigen Ak- tionäre gestillt worden war, ist diese Erlaubnis unterm 18. November 1916 wieder aufgehoben worden. Die erneute Auszahlung ist beantragt; eine Entscheidung ist jedoch bisher noch nicht getroffen worden.“

„Als mitten im Lobe des Weltkrieges ein kapitalistisches Kriegs- idyll, das noch wirkungsvoller wird, wenn wir hinzufügen, daß den Lohnerhöhungen der deutschen Arbeiter gefolgt wurde, dazu müße das Einverständnis des Aufsichtsrats eingeholt werden!“

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Aufhebung des Sprachenparagrafen im Reichsvereinsgesetz.

Der Bundesrat hat am 19. April den Reichstagsbeschlüssen betr. Aufhebung des § 12 des Reichsvereinsgesetzes, der für die Verhand- lungen in öffentlichen Versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache vorschreibt und nur für internationale Kongresse sowie für Versammlungen der Wahlberechtigten zu Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten Aus- nahmen vorsieht, seine Zustimmung erteilt. Die Aufhebung des Sprachenparagrafen dürfte in erster Linie der gewerkschaftlichen Na- tional eine freieres Vorkommnisfeld schaffen.

Der Verband der Schneider im Jahre 1916.

Am Schluß des Vorjahres zählte der Verband 13 328 männliche und 7072 weibliche, insgesamt also 21 208 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im Vergleichsjahr um 551 gestiegen, während die der männlichen um 3090 zurückgegangen ist. Die Beiträge sind in den beiden Jahren 1915 und 1916 im Verhältnis zu den geringen Mitgliederzahl ebenso gut eingegangen, wie in den früheren Jahren. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen insgesamt 455 224 Mk., die Ausgaben dagegen 519 136 Mk., der Restbestand 671 511 Mk. Die als Familienunterstützung an die Familien für den Heeresdienst ein- gegangenen Mitglieder aus der Hauptkasse gezahlte Summe betrug 167 008 Mk., die Krankenunterstützung belief sich auf 77 046 Mk. Die Gesamtausgabe an Familienunterstützung vom 4. August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 beträgt 601 628 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 120 893 Mk. und an Unterstützungen aller Art während dieses Zeit- raumes 864 076 Mk.

Unfreiwilliges Zeugnis über das Hilfsdienstgesetz.

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt in einem Leitartikel mit, daß der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Metallindustrieller, Kommer- zienrat W. Feigert, bei der Verhandlung im Leipziger Rathaus zu den Arbeitern, gesagt habe:

„Uns Unternehmern war das Hilfsdienstgesetz höchst un bequem; Ihr, die Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie, seid seineäter.“

Das ist zwar nicht ganz richtig, denn der eigentliche Vater des Hilfsdienstgesetzes ist in allen Ländern der Krieg. Aber das Zeugnis der sächsischen Metallindustriellen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften das Gesetz für die Unternehmer höchst un bequem gemacht haben, lassen wir uns gerade von der „Leipziger Volkszeitung“ gerne bestätigen. Es trifft zu.

Internationale Rundschau.

Krieg und Gewalt.

Bevor es die amerikanische Kapitalistenklasse erreichte, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Kriegszustand gegen Deutsch- land erklärte, bemühte sich die sozialistische Partei auch „drüben“, den Kriegszustand zu verhindern. Mitte Februar erließ die Partei einen Aufruf an das amerikanische Volk, welcher erklärte:

„Plötzlich, mit geringer Warnung, ohne Zustimmung des ameri- kanischen Volkes und ohne Beratung mit des Volkes gewählten Vertre- tern im Kongreß, werden wir so gut wie aufgefordert, uns dem wahnsinnigen Wirbel von Tod und Vernichtung anzuschließen und die europäischen Blutströme mit dem Wute Tausender amerikanischer Arbeiter anzuführen. Der deutsche U-Boot-Krieg ist höchst rück- sichtslos, aber so ist der Krieg überhaupt und so sind die Methoden, die von beiden Seiten angewandt werden. Krieg ist der Gipfel der Gefährlichkeit und es hat gar keinen Sinn, von geistlichen oder un- geschicklichen Redebenen zu sprechen. Der deutsche U-Boot-Krieg bedroht unsere nationale Würde und Ehre. Er ist nicht in erster Linie gegen die Vereinigten Staaten gerichtet und berührt nicht das ameri- kanische Volk, er trifft nur die Schwarzerklasse, die enorme Pro- fite aus der Destruktion von Lebenswerkzeugen zieht, oder die uns notwendigen Lebensmittel zu enormen Preisen an die kriegsführenden Völker verhandelt. Die Arbeiter der Vereinigten Staaten haben keinen Grund und keinen Wunsch, ihr Blut für die Häufung und die Förderung der ungeheuerlichen Profite ihrer Herren zu ver- gießen; sie werden dem Präsidenten nicht gestatten, sie in den Krieg zu treiben und ihre europäischen Brüder zu morden. Arbeiter Amerikas, wacht auf!“

„Es hat nichts genutzt.“ Die Profitmacher haben gesagt. Welche Profite ihnen der Krieg bringt, beweist die neue Vierteljahrabrech- nung des Stahlwerks. Auf die einzelnen Monate verteilen sich die Einnahmen wie folgt:

Table with 4 columns: Vierteljahr, 1917, 1916, 1915, 1914. Rows: Januar, Februar, März, Zusammen.

Der Reingewinn nach Abzug der Aufwendungen an die Tilgungs- fonds, der Abschreibungen und der Erneuerungen stellte sich auf 103 330 000 gegen 96 322 000 Dollar im Vorjahr, 51 218 550 Doll. im 1. Vierteljahr 1916 und 6 684 573 Dollar in 1915.

Krieg und Christentum.

Der Kardinal Caspari hat im Auftrage des Papstes ein Antikriegsschreiben an die „Konferenz der internationalen katho- lischen Union“ gerichtet, welche unlängst in Zürich tagte unter Teil- nahme auch von deutschen Zentrumsgesandten. In dem päpstlichen Schreiben heißt es:

„Das Christentum, das zum ersten Male auf Erden das Geheiß der Brudertiebe gegen alle Menschen ausgesprochen hat — ohne selbst die Feinde davon auszunehmen —, kann ja fürwahr nicht gestatten, auch während ein so grauer Krieg, wie der gegenwärtige noch wütet, daß sein himmlisches Gebot gewissermaßen außer Kraft gerät und der Haß, der gewiß mit Recht gegen das Böse sich wendet, auch auf die Personen ausgedehnt werde, denen man als Heberden und Werkzeugen die Schuld daran zuschreibt. Und wenn dieses für die Zeit des Krieges wahr bleibt, so gilt es noch viel mehr für später, wenn sich die kriegerischen Staaten in gemeinsamen und feier- lichen Übereinkommen wieder geeinigt haben. Denn dann wird es sicherlich von der höchsten Bedeutung sein, alle ihr noch übrigen Kräfte zusammenwirken zu lassen, nicht zur Verewigung einer bitteren und neuen Unglut erwachen würden, sondern zur möglichst freu- digen und großherzigen Wiederherstellung der gestörten öffentlichen und gesellschaftlichen Ordnung auf den Grundlagen der Religion und der Gerechtigkeit. Diese einfachen Erwägungen bereiten zur Ge- nüge, wie sehr mit Recht die Züricher Konferenz sich bemüht, jene Bestrebungen zu fördern, die gleichzeitig so christlich und so hochst dienlich für das öffentliche Wohl erscheinen.“

Vergleicht man mit dieser zum Vorkriegszeiten und gegen Satz- erzeugung mahnenden Anweisung des Papstes die Kriegsbetrachtungen Kritiker in manchen sich heftlich nennenden Zeitungen, dann springt der stoffende Widerspruch förmlich in die Augen.

Starker Streikrückgang in Holland.

Aus den amtlichen Nachrichten geht hervor, daß auch in Holland während des Krieges die Streikbewegung sehr stark zurückgegangen ist. Es haben sich Streiks ereignet 1912: 80, 1913: 139, 1914: 91, 1915: 43. Holland nimmt bekanntlich nicht an Kriegen teil, dennoch haben sich auch hier die Streiks bedeutend verringert. Daß dies den Fort- schritt der Gewerkschaften nicht beeinträchtigt hat, lehrt ihre Mitglieder- bewegung. Die freigewerkschaftlichen Verbände in Holland zählten Mitglieder am 1. September 1914: 57 676, am 1. Januar 1916: 69 320, am 1. Januar 1917: 129 809, am 1. März 1917: 128 093. Das ist ein außerordentlicher Fortschritt unter sehr schwierigen Verhältnissen.

Frankreich geht keinem Untergange entgegen.

Der französische Professor Pinard, Mitglied der Medizinischen Akademie, schreibt im „Journal de Paris“: „Jetzt, nach 30 Kriegs- monaten, kann man ohne Heberwägung behaupten, daß Frankreich seinem Untergange entgeht. Gemäß dem wöchentlichen statistischen Bulletin der Stadt Paris kamen im Laufe der letzten vier Monate des Jahres 1914 in Paris wöchentlich 100 Todesfälle und 7172 Ge- burten vor; im Jahre 1915: 65 Geburten und 100 Todesfälle, im Jahre 1916: 42 Geburten und 100 Todesfälle; in den ersten drei Monaten des Jahres 1917 nur 30 Geburten, aber 100 Todesfälle! Die zahlenmäßigen Ergebnisse dieser Statistik kommen mit den im übrigen Frankreich festgestellten überein.“

Knappschäftliches.

Nach 2 1/2 Kriegsjahren auch für die Bergarbeiter klares Recht!

In Nr. 9 der „Bergarb.-Ztg.“ vom 8. März 1917 besprechen wir eine Entscheidung des Anknappschäfts-Schiedsgerichts in Breslau; in der zum Ausdruck gebracht worden war, daß auch der zum Heeresdienst eingezogene Bergmann als erwerbslos im Sinne des § 214 der Reichs- versicherungsgesetzgebung zelle. Das hat für die Bergleute eine große Bedeutung, weil sie nunmehr bei einer innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Auscheiden aus der bisherigen versicherungsp- flichtigen Beschäftigung eintretenden Erkrankung den Anspruch auf die fahrgemäßen Krankentage geltend machen können; dieses auch dann, wenn ihnen für diese Erkrankung die Militärbehörde die er- forderliche ärztliche Behandlung angeheißt läßt, wiewohl für die Rechtslage für die Bergarbeiter wesentlich ungünstiger, wie für alle anderen Krankentagebeschäftigten, denn das Anknappschäfts- Schiedsgericht in Berlin hatte sich in seiner Rechtsprechung auf den Standpunkt gestellt, daß der wegen der Einberufung zu den Kämpfen die Beschäftigung aufgebende Bergmann nicht wegen Erwerbslosigkeit auszuheben. Für die sonstigen Krankenversicherungspflichtig Beschäftigten war die Rechtslage anders, denn das Reichsversicherungsamt nahm in solchen Fällen ein Auscheiden aus der Versicherung wegen Erwerbslosigkeit an und billigte ihnen den Anspruch auf Krankengeld zu. Aber infolgedessen wieder brachte auch die Rechtsprechung des R. V. A. eine unerfreuliche Wirkung, als sie die innerhalb der ersten drei Wochen im Auslande gefasene Erkrankung oder Verwundung als dem Schutze der Versicherung entfallen ansah. War also der im Kampfe stehende Soldat nur einen Schritt über die Grenze ge- kommen, bestand im Falle der Verwundung für ihn kein Anspruch auf die Krankenleistung, wohl aber für seine noch eben innerhalb der deutschen Grenze verweilenden Kameraden. Dieser unerfreuliche Zu- stand ist durch eine Bundesratsverordnung vom 14. Juni 1916 be- seitigt worden. Sie stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt des R. V. A., bestimmt jedoch, daß ein durch Kriegs- und ähnliche Dienste bedingter Aufenthalt im Auslande, dem Aufenthalt im Inlande gleich steht. Dieser Tendenz der Verordnung wegen, hat nun auch das Anknappschäfts-Oberchiedsgericht als Revisionsinstanz bei der Nach- prüfung des eingangs erwähnten Breslauer Urteils sich der Rechts- prächung des R. V. A. angeschlossen und die Revision des Anknappschäfts- vereins zurückgewiesen. Damit ist nun nach fast dreijähriger Kriegsdauer endgültig auch für die Bergarbeiter der gleiche Rechtszustand geschaffen, wie er für die sonstigen Krankenversicherungspflichtigen Bevölkerung bestand. Somit Aufträge der hier in Betracht kommenden Art bisher ab- gewiesen worden sind, müssen die Anknappschäftsvereine oder sonstigen Krankenkassen dem Berechtigten auf seinen Antrag einen neuen Be- scheid erteilen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sechs Abstell von Sanemann. Eine Stichprobe aus den Lohn- büchern von 90 Arbeitern, die im Gedinge arbeiten, hat ergeben, daß die Gedingeregelung im allgemeinen noch nicht so haltgefunden hat, wie sie in der Ausschüttung am 28. März in Dortmund verprochen worden ist. Unter den 90 Arbeitern befinden sich 28, die einer Kameradschaft angehören, welche auf das abgeschlossene Gedinge nicht zu Lohn kommen konnte und auf das angewiesen war, was vom Steiger geschrieben wurde. Wenn es sich auch nicht immer vermeiden läßt, daß hier und dort mal eine Kameradschaft infolge besonderer Verhält- nisse nicht zu Lohn kommen kann, so ist der hier angeführte Prozentsatz ganz entschieden zu hoch. Wenn auch ein Steiger der Gedingelöhne im März festgesetzt werden kann, so befinden sich unter den ange- führten 90 Arbeitern immer noch welche, die eben 8 Mk., andere, die unter 8 Mk. verdient haben. Am schlechtesten haben, wie eine Stich- probe bei 30 Schichtlöhnern ergibt, letztere abgehakt. Es ergab sich ein Durchschnittslohn von 5,56 Mk. im Februar und von 5,69 Mk. im März, also eine Erhöhung von jenen 13 Pfennigen.

Reche freie Vogel und Unverhofft. Wie es hier mit den Lohn- verhältnissen steht, zeigen die folgenden Löhne von acht Bauern in den letzten sechs Monaten (in Mark):

Table with 8 columns: 1918, 1917, 1916, 1915, 1914, 1913, 1912, 1911. Rows: 1918 Oktober, November, Dezember, 1917 Januar, Februar, März.

Nu dem Durchschnittslohn von 10,50 Mk. für Bauer fehlt da noch viel.

Reche Königin Elisabeth (Schacht Friedrich Joachim). Der Steiger im Revier 4 hat am 1. März 10 Pf. zum Gedinge zugelegt, am 15. April aber schon wieder abgezogen, obwohl die Arbeiter nur einen mäßigen Lohn verdient hatten. Längere Zeit hatten die Arbeiter auch die halbe Munition frei, ab 1. Mai sollen sie dieselbe aber ganz be- zahlen. Das bedeutet einen doppelten Lohnabzug, obwohl die vorher verdienten Löhne schon mäßig genug waren. Der Steiger K. meinte dabei noch: „Wäre ich Betriebsführer, dann hätte ich die 10 Pf. gar nicht dazu bekommen.“ Ein schöner Trost in dieser für die Ar- beiter besonders schweren Zeit. In der Waghstau könnten nun endlich auch Dach und Fenster geflickt werden. Aber müssen wir noch öfter daran erinnern?

Reche Zentrum I. und III. Nach den Mitteilungen des Arbeiter- ausschusses hat die Verwaltung des östlichen die Erklärung abgegeben, daß zum Verfahren von Heberwägungen keinerlei Druck, weder indirekt noch direkt, ausgeübt werden soll. Damit steht aber das Verhalten einzelner Reviersteiger nicht im Einklang. Nicht genug damit, daß dieselben die Arbeiter gegenständig ausspielen mit dem Hinweis, in dem Revier jenseits machen die Arbeiter alle Heberwägungen, nur in meinem Revier nicht, der Betriebsführer fragt an, woran das liegt, sondern sie über einen direkten Druck aus, indem sie den Kameradschaften mit Verlegung in andere Arbeit drohen. Hierin zeichnet sich der Steiger Wallberg besonders aus. Wir sind der Auffassung, die Beamten sollten in der gegenwärtigen Zeit jenseits Verständnis haben und einsehen, daß ein derartiges Verhalten von den Arbeitern nicht als Wohlwollen emp- funden wird. Hoffentlich unterbleibt dies in Zukunft.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Urbild Adolfschacht. Hier mußten die Arbeiter wiederholt wegen Mangel an Lebensmitteln die Arbeit ruhen lassen. Der Bürgermeister erklärte einer Bergarbeiterdeputation, daß ihm die Hände gebunden seien; er könne nicht mehr liefern. Das schimmte ist, daß die Pro- duktion gekürzt wurde, ohne daß genügende Ersatzmittel geschaffen wür- den. Auch auf dem Landratsamte sind die Arbeiter wiederholt vor- mäßig geworden, ohne den gewünschten Erfolg. Für die unterirdische Belegung ist nur ein Ausschussmitglied da. Wiederholt sind die Ar- beiter deswegen an die Werkverwaltung herangetreten, haben sich je- doch beschwerdebejährend an das Agl. Oberbergamt gewandt, aber un- jonit. Die Arbeiterausschüsse sollen die Kontrolle bei der Lebens- mittelverteilung übernehmen. Um dies zu ermöglichen, müssen sie vollständig sein. Warum finden also die notwendigen Ersatzarbeiten nicht statt? Die Organisation lehnt unter diesen Umständen jede Ver- antwortung ab. Mögen die Stellen, die den Arbeitern kein Entgegen- kommen zeigen, auch die Verantwortung für die Folgen ihrer Hand- lungsweise übernehmen.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Ullstahlwerk Nonnenberg (bei Hannover). Hier waren die Löhne nicht Gegenstand fortgesetzter Klagen und eingezogene Lohnsätze zeigen auch, daß dieselben in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse sehr niedrig sind. Die Lohnauszüge zeigen folgendes: 29 Schichten 139 Mk., 25 Schichten 148 Mk., 26 Schichten 147 Mk., 41 1/2 Schichten 203 Mk., 40 1/2 Schichten 195 Mk., 36 1/2 Schichten 175 Mk., 34 1/2 Schichten 165 Mk., 43 1/2 Schichten 210 Mk., 30 1/2 Schichten 173 Mk., 30 1/2 Schichten 171 Mk., 30 Schichten 169 Mk., 29 1/2 Schichten 149 Mk., 31 Schichten 147 Mk., 25 Schichten 146 Mk., 28 1/2 Schichten 175 Mk., 30 Schichten 147 Mk., 25 Schichten 144 Mk., 25 1/2 Schichten 161 Mk., 24 1/2 Schichten 158 Mk., 23 Schichten 144 Mk., 26 1/2 Schichten 165 Mk., 33 Schichten 158 Mk., 26 Schichten 129 Mk., 32 Schichten 162 Mk. usw. Es liegen uns noch eine ganze Reihe Lohnauszüge von dem Werke vor, die fast alle in der gleichen Höhe bewegen. Es sind dies Löhne für Fabrik- arbeiter, Förderleute und Hauer. Wir haben den niedrigsten und auch den höchsten Lohn anseiner. Berücksichtigt man die enorme Teu- erung, daß Nonnenberg dicht an der teuren Großstadt Hannover liegt, und vor allem die enormen Schichtenzahlen, so sind die Löhne als ge- radezu jämmerlich zu bezeichnen. In Nonnenberg spielte als Grund zur Unzufriedenheit auch noch der Entzug früher gewährter Zulagen. Das Werk behauptet zwar, die Zulagen seien im Lohn enthalten, aber die Arbeiter wollen das nicht glauben. Bei einer Verhandlung im vorigen Jahre mit der Direktion erklärte Herr Weierstein, daß er den Arbeitern in Nonnenberg im Herbst abermals eine Zulage geben wollte. Später behauptete derselbe Herr, er habe im September v. J. die ver- sprachene Zulage von 20 Pf. gewährt und somit sein Versprechen er- füllt. Die Arbeiter bezweifelten die Richtigkeit, und um Gewißheit in der Frage zu bekommen, ließen wir von vier verschiedenen Seiten Nachforschungen darüber vornehmen und alle Feststellungen darüber kamen zu dem Ergebnis, daß im September und Herbst v. J. nicht ein Pfennig Zulage gewährt sei. Einmal sagte er sich Kamerad Gärtner in Gegenwart einer Reihe von Kameraden an das Arbeiter- ausschussmitglied Peter. Auch letzterer erklärte in Gegenwart mehrerer Kameraden, daß im September und Herbst nichts zugelegt sei. Alles, was an Zulage gezahlt würde, sei eben die frühere Zulage. Peter bewies Gärtner dies noch an der Hand seines Lohnbuchs, und auch andere Lohnbücher bestätigten dies. Nach diesen Feststellungen mußten wir doch zu dem Ergebnis kommen, daß die Angaben des Herrn Weier- stein unrichtig seien. Nun kommt uns aber ein Protokoll vom 11. April 1917 zu Gesicht, worin abermals behauptet wird, das Werk habe seit dem 15. September 1916 eine neue Zulage von 20 Pf. pro Schicht an alle Arbeiter gewährt und dieses Protokoll ist vom Arbeiter- ausschuss Hr. Peter, Hr. Schöll und Gramm unterschrieben. War beides: uns gegenüber muß Peter angeben, daß nichts gewährt ist und hier hat er unterschrieben, daß es gewährt ist. Nach einer Seite hin hat Peter zweifellos unrichtig gehandelt. Ein Schulbeispiel, wie es der Ausschuss nicht machen soll. Was auch der an dritter Stelle unterschriebene Gramm der Direktor Gramm selbst sein, so mußte man doch als Arbeiterausschussmitglied entweder uns gegenüber der Wahrheit die Ehre geben, und was das wahr, was Peter uns sagte, dann mußte er auch den Mut haben, sich dem Protokoll zu widersetzen.

Fiskalische Steinkohlenwerke Barfinghausen a. Deister. Wie man gerade in jehiger Zeit einen Arbeiterausschuss und damit die Arbeiter- schaft nicht behandeln sollte, dafür ein Beispiel. Nicht nur sind am Deister die Löhne außerst niedrig, auch in vielen anderen Fragen des Arbeitsverhältnisses herrscht Unzufriedenheit unter den Arbeitern. Der Arbeiterausschuss hielt es daher für notwendig, ohne jede Fühlungs- nahme mit der Organisation, eine Sitzung mit Herrn Oberbergamt Schöffler zu beantragen, um die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Der Ausschuss wurde zur Sitzung eingeladen, er war zur Stelle und der Oberbergamt erschien. Kaum aber hatte ein Ausschussmitglied be- gonnen, einige Klagen vorzutragen, da unterbrach Herr Schöffler mit den Worten: „Die Belegschaft will wohl jetzt streiken? Na, dann man zu. Glückauf!“ Herr Schöffler beschwand und ließ den Ausschuss verduzt stehen. Solche Manieren sind uns ja vom Deister nichts neues. In jehiger Zeit zeigen sie aber, daß man dort trotz alledem nichts gelernt hat und sich des Ernstes der Zeit nicht bewußt ist. Von oben preist man die Neuorientierung und unten wird sie praktisch so geübt. Aber auch die Bergarbeiter am Deister lernen anscheinend daraus nichts.

Grube Friederika (Bündheim-Garzburg a. Harz). Wie sich die Werke heuere Arbeiterausschüsse machen, zeigt das Vorgehen der Ver- waltung dieser Grube bei der Arbeiterausschusswahl, die vom 1. bis 3. Mai stattfand. Rechtzeitig reichte die Belegschaft eine Vorlageliste ein, die am 18. April von der Werkverwaltung als unzulässig zurückgegeben wurde. Am 19. April, dem letzten Tage der Frist, reichte die Belegschaft eine neue Liste ein und auch diese wurde für unzulässig erklärt, ohne daß angegeben wurde, warum die Listen unzulässig sein sollten. Nunmehr war die Frist zur Einreichung einer neuen Liste ver- strichen und wurde nunmehr die Werkliste als gewählt erklärt. So ist die Belegschaft wohl ganz leidlich organisiert, hat aber doch nun einen gelben Ausschuss bekommen, mit Ausnahme eines einzigen Mit- gliedes. Was auch hier guter Glaube und Unkenntnis der Verhältnisse dem Werk, dies im vorliegenden Falle erleichtert haben, so kann das Vorgehen des Werkes an höherer Stelle kaum gebilligt werden. Gegen eine solche Wahl ist selbstverständlich Beschwerde erhoben. Den Beleg- schaften auf anderen Werken mag aber vorliegender Fall zur Warnung dienen.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Mansfelder Gewerkschaft (Wolfschacht). Seit der neuen Betriebs- führung...

Saargebiet und Reichslande.

Grube Dubwitzer. Es kommt hier öfters vor, daß noch bei Schichtschluß...

Grube Heinitz, Abteilung II (Koferei). Um 2 Uhr ist hier Schicht- schluß...

Grube Jägerkreuz. In Abteilung 3 (Steiger 3.) ist hier ein Arbeiter...

Grube Heben. Im Zehnthofenfeld, Abt. 13, Steiger 5., beklagen sich Arbeiter...

Süddeutschland.

Grube Frankenhof, Schacht III. In der Waschküche reichen hier die Arbeiter...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Aufnahmen für unseren Verband

werden überall gemacht, wo unsere Verbandskameraden auf dem Posten sind...

So geht es überall, wo unsere Verbandskameraden ihre Aufgabe richtig erfüllt haben...

Burgfrieden von den Staatsgruben.

Die Verwaltungen der staatlichen Zechen haben im August 1916 zugesagt, daß für Hauer nicht mehr unter 9 Mark gezahlt werden solle...

Und was sagt zu alle dem der Schlichtungsausschuß? Wenn die Zechen ihre Lohnversprechungen nicht gehalten hätten...

könne einzelne Arbeiter und Gruppen nicht vertreten. — Wenn Arbeiter in der Waschküche gestohlen würden...

Als die Zeche macht für alle Arbeiter bekannt, wie die Löhne geregelt werden sollen...

Der Arbeiter soll verpflichtet sein, Hoßmaße über den Rand hinaus voll anzufüllen...

Wir müssen nach alle dem ernstlich fragen: Wo soll das hinaus? Ist der Schlichtungsausschuß in Medlinghausen wirklich nicht zur Regelung von Streitigkeiten eingerichtet?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Auch im Nachener Revier geht der Verband vorwärts.

Von 2120 Mitgliedern vor dem Kriege verblieben Ende 1916 nur noch 473. Seit dieser Zeit hat wiederum eine lebhafte Tätigkeit eingesetzt...

Belegschaftsversammlung der Zeche Eschweiler Neferve.

Am 29. April tagte in Norderberg eine gut besuchte Belegschafts- versammlung der Zeche Eschweiler Neferve...

Feiner berichtete der Ausschuß über seine Verhandlungen bezüglich der Lebensmittelversorgung mit dem Agl. Landratsamt in Düren...

Belegschaftsversammlung der Zeche Lauermeg.

Eine gut besuchte Belegschaftsversammlung der Zeche Lauermeg wurde am 29. April in Kahlshofen abgehalten...

Hannover, Braunschweig, Hellen-Lippe.

Das Kalimonopol in der Kalikommission abgelehnt.

Die Kalikommission des Reichstags, welche über Verlängerung der Kalifreigabe...

Der Antrag wurde vom Kameraden G a g h e begründet, wobei er sich auf die Schriften des Abg. Goldheim und des Oberbergamts...

Als Preisverhöhung verlangen die Herren vom Kalimonopol wieder für die ersten vier geringprozentigen Kalifolge 6, 7, 8 bezw. 9 Pf. pro Kilo...

Es wurde eine Unterkommission gewählt, welche über die Preis- und Lohnverhältnisse eine Vorberatung vorzunehmen soll.

lungen berichten. Hoffentlich gelingt es nun endlich, den Arbeitern dieser Industrie eine ihnen zustehende der Feuerung entsprechende Lohnerhöhung zu sichern.

Mängel in der Lebensmittelverteilung im Bezirk Hildesheim-Hannover.

Fortgesetzt gehen von Kameraden Klagen ein über mangelhafte und ungleiche Verteilung der Lebensmittel...

So wird von Bergarbeitern des Kaliberks F r i s c h G l ü c jeden Monat geflagt, daß sie ihre Brotzufuhren immer zu spät und auch schon gar nicht bekommen haben...

Vom Kaliberk Hermann II wird sehr geflagt, daß bei der Butterverteilung ein sehr unterschiedliches Gewicht herrscht...

Von Wilhelmshall in Amberbed wird uns berichtet, daß Käse, Wurst u. dergl. nur an diejenigen verteilt wird...

Vom Kaliberk Wilhelmine in Hilsen wurde uns berichtet, daß die Bergarbeiter dort nur wöchentlich zwei Brotzufuhren erhalten...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 19. Woche (vom 6. bis 12. Mai 1917) fällig...

In die Kameraden von Niederschlesien. Die Anrechnungsbücher an die Niederschlesische Knappschaftskasse für das 1. Kalihahr 1917 sind fällig...

Rechtsklub.

Hamborn. Das Arbeiterssekretariat befindet sich jetzt G m j e r Straße 60.

Bücherrevisionen.

Alten. Vom 15. bis 30. Mai. Medlinghausen-Sub I. Vom 15. Mai ab. Stollberg. Im Mai. Wethmar. Vom 7. bis 27. Mai.

Adressenveränderungen.

Gelsenkirchen. Der Anspassungskämmerer Jakob Meyer ist von Dismardstraße 167 nach Sophienstraße 10 verzogen.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Entwurf I. Die Krankengeldauszahlung erfolgt jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 11 bis 1 Uhr vormittags...

Für den Unterstützungsfonds

der Hinterbliebenen der zu den Föhnen einberufenen Mitglieder gingen im April folgende Beiträge ein: Bezirk G a m m: Anna 50,—; Bezirk D e r h a u e n: Aldenrade 5,—; Oberhausen I 5,—; Duisburg-Laar 7,65; Bezirk S e n f t e n b e r g: Januar-Abrechnung 2,08; Bezirk E s s e n: Welbert 2,95 Ml. Hauptkasse.

Sterbetafel

- Zur April 1917 sind folgende Mitglieder gestorben: Johann Kofel, Wujakow. Robert Weyel, Wilkau. Josef Wejch, Weidrich III. Paul Schulz, Niederwirtschick. August Neuter, Rauna. Lubw. Wöring, Velsenkirchen III. Friedrich Albert, Wülfersleben. Paul Fröhlich, Delantig. Aug. Walbminghaus, Söhrenshurg. Wilhelm Freiburg, Fulerim. Wilhelm Kitzsch, Velsenkirchen. Friedrich Strehl, Brambauer II. Wilhelm Kortmann, Studum. Friedrich Abnath, Kray. Hermann Wöllner, Winterdorf. Emil Stippert, Barop. Heinrich König, Eickhof. Wilhelm Abts, Rüttenfeld. Silvester Elias, Kray. Franz Mojsis, Oermarzhof. Johann Reich, Röllinghausen. Gustav Reimann, Witten. Gustav Walters, Wochold. Josef Stehoba, Kray. Andreas Gierma, Dortmund II. Richard Ebersbach, Richtenstein. August Klenner, Marzloh II. Friedrich Meyer, Gröben. Karl Gürtler, Seltz. Robert Goglich, Freisenbrud. Johann Gagehorn, Eickhof. Wilhelm Krause, Ganderhausen. Wilhelm Kabisch, Radeberg. Kaiser Weitzamp, Ströberne. Peter Graf, Rüttenfeld. Karl Ebel, G. Bergerhausen. Wilhelm Sterken, Essen. Christian Buri, Siedlingen. Johann Dwarczak, Strick. Franz Ditts, Wradel. Joh. Gerhardt, Velsenkirchen II. Wilhelm Gack, Radeberg. Karl Holzappel, Selmstedt. Fritz Gotay, Bergen. Franz Lorenz, Göttersberg. Fern. Leichnering, Gerdorf. Paul Berndt, Oberplanitz. Karl Dohle, Meuselwitz. Gustav Rillau, Meuselwitz. Julius Raupach, Oladde I. G. Unterkötter, Lützenortmund. Johann Göbel, Berne. Wilhelm Loder, Waidenburg. Friedrich Lehmann, Witterfeld. Max Fröh, Stollberg. Heinrich Rathhöfer, Ditzold. Heinrich Schrief, Langenbrot II. August Smolka, Sierdrabe. Johann Balbus, Welsenfeld. Louis Lorenz, Delantig. Janak Weiler, Benzberg. Richard Weidrich, Richtenstein. Josef Schareina, Velsenkirchen. Franz Sonnenburg, Radum-Oddel. Lorenz Lorenz, Datteln. Wilh. Thorsbügge, Datteln II. Franz Jochheim, Dortmund III. Georg Gähler, Brambauer II. August Peppmüller, Wethmar I.